



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Konjunktur läuft gut, die Wirtschaftsprognosen sind – noch – mehr als positiv, die Zahl der Beschäftigten steigt, die Arbeitslosenzahlen sinken – die Zahl der älteren Arbeitslosen über 55 Jahre ist um 20 % ! gegenüber dem Vorjahresmonat gesunken – und was macht die SPD? Sie versucht, ihren Arbeitsminister Müntefering loszuwerden. Ein Grund für die Verkürzung der Bezugsdauer war die Erkenntnis, dass bei schwacher Konjunktur besonders ältere Arbeitnehmer zuerst entlassen werden – eben mit Hinweis auf die längere Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes. Auch eine Kopplung an die Dauer der Beitragszahlung sehe ich skeptisch, da auch dies durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werden muss. Dies würde bedeuten, dass z.B. ein 40jähriger nur wenige Monate Arbeitslosengeld erhalten könnte. Sozial ist daher das, was Arbeit schafft und nicht, was eine längere Arbeitslosigkeit finanziert. Deshalb ist es richtig, dass unser erstes Ziel weiterhin die Senkung der Lohnnebenkosten bleibt!

Ihre

### Was ist dran am Nettolohn-Skandal?

Ende September wurde vor allem in der Boulevardpresse in dramatischer Art und Weise veröffentlicht, dass die Nettolöhne seit 20 Jahren stagnieren. Welch ein Skandal.

Die Schuldigen wurden schnell ausgemacht:

- Steigerung der Steuer und Sozialabgaben
- Abbau von Urlaubs- und Weihnachtsgeld
- Inflation

Der Nettoeinkommen beschreibt den Durchschnittsverdienst nach Abzug von Steuern, Sozialabgaben und bei Berücksichtigung der Preisentwicklung.

### Falsche Methode

Leider wurde verschwiegen, dass die errechneten Summen aus nicht vergleichbaren Statistiken stammten, nämlich aus der Statistik mit westdeutschen Löhnen von 1986 und aus der gesamtdeutschen (inkl. der niedrigeren Ostlöhne) von 2006. Äpfel und Birnen!

Wenn, dann müssen wir Zahlen des Statistischen Bundesamtes von 1991 und 2006 vergleichen. Hier sieht es auch schon anders aus. Aber auch hier ist wichtig, welches Jahr man betrachtet. Zu Beginn der 90er Jahre gab es hohe Zuwächse, die dann durch steigende Abgaben geschmälert wurden. In den letzten Jahren gab es tatsächlich insgesamt Reallohnverluste, trotz abgesenkter Einkommenssteuer und Senkung der Gesamtsozialbeiträge unter 40 % (aber bei angehobenen Beitragsbemessungsgrenzen).

### Honorierung von Arbeit

Die Nettolohndebatte ist dennoch eine Phantomdebatte. Denn gleiche Arbeit wird keineswegs geringer honoriert als früher. Die Berechnungsgrundlage hat sich geändert. Kürzere Arbeitszeiten, Minijobs (mittlerweile fast 5 Millionen), Teilzeitstellen (2006: 22 %, 1991: 13 %), werden selbstverständlich bei der Berechnung berücksichtigt und es ist logisch, dass dadurch insgesamt der deutsche Durchschnittslohn sinkt. Nicht zu vergessen sind die rund 300.000 1-Euro-Jobs, die auch den Durchschnittslohn drücken. Und andererseits stockt der Staat über das Arbeitslosengeld II die Löhne teilweise auf.

Vergleichbar sind, wenn die Diskussion schon geführt wird, also allenfalls die Nettostundenlöhne. Sie lagen im Jahr 2006 nach Abzug der Inflationsrate, Steuern und Abgaben bei 11,76 Euro/Stunde. Das ist zwar leicht geringer als im Höchststandjahr 2004, aber immerhin 6,2 % mehr als 1991!

## Begehrlichkeiten zum Bundeshaushalt

Die Union steht für den frühestmöglichen realistischen Haushaltsausgleich beim Bund. Er ist die Voraussetzung, dass bei ausgeglichenen Haushalten auch ernsthaft über Steuersenkungen bzw. Schuldenabbau entschieden werden kann. Unser Koalitionspartner fürchtet entgegen eigener Ankündigungen diesen Haushaltsausgleich, er will lieber neue Wohltaten verteilen.

### Risiken bestehen weiter

Der Haushaltsausgleich beim Bund kann 2011 nur bei weiterhin guter Konjunkturentwicklung gelingen. Wenn es früher gelingt, wäre es kein Beinbruch. Aber wir müssen auch denkbare Risiken berücksichtigen, etwa infolge der US-Hypothekenkrise. Hinzu kommen Unsicherheiten bezüglich der weiteren Zins- und Wechselkursentwicklung sowie des Ölpreises. Ein schwächeres Wirtschaftswachstum als angenommen führt schnell zu Steuermindereinnahmen und Arbeitsmarktmehrausgaben in Milliardenhöhe. Sie würden den Konsolidierungskurs des Bundes ernsthaft gefährden.

### Politik statt Populismus

Angebliche Experten fordern jetzt, die Steuern zu senken. Da ist offenbar der Taschenrechner außer Betrieb. Die bisherige Analyse zeigt, wie schwierig ein dauerhafter und strukturell ausgeglichener Bundeshaushalt ist. Wer jetzt - wie die FDP - die Absenkung der Mehrwertsteuer oder die kurzfristige Abschaffung des Solidaritätszuschlages fordert, zeigt eine hohe Sensibilität für populäre Forderungen, aber wenig Sachkenntnis über die finanzielle Situation des Bundes. Die Reihenfolge der Union ist klar. Erst dauerhaft ausgeglichener Haushalt, am besten mit Schuldenverbot oder Schuldenbremse abgesichert, und dann die Entscheidung über Schuldenabbau und Steuersenkung.

### Vorsicht statt Scheitern

Das Vorsichtsprinzip beim Defizitabbau ist die richtige Strategie des Bundes, um am Ende nicht zu scheitern. Auf die schlechten Erfahrungen des früheren Finanzministers Hans Eichel sei an dieser Stelle verwiesen: Das Ziel des ausgeglichenen Bundeshaushalts 2006 wurde 2001 angekündigt, konnte aber schon 2003 nicht weiter verfolgt werden. Die Resultate bis 2005 waren Rekord-Neuverschuldungen mit bis zu 40 Mrd. € jährlich.



## Normenkontrollrat berichtet

Die Große Koalition hatte beschlossen, die Bürokratiekosten der Wirtschaft in den nächsten vier Jahren bis 2011 um 25 Prozent zu senken. Daher wurde im Dezember 2006 der Normenkontrollrat eingesetzt. Er setzt sich aus acht ehrenamtlichen und unabhängigen Experten zusammen.

### Bürokratie-TÜV für alle neuen Gesetze

Alle bestehenden Bundesgesetze und insbesondere alle neuen Regierungsvorlagen werden durch den Rat kontrolliert. 190 von 225 Vorhaben sämtlicher Bundesministerien hat der Bürokratie-TÜV inzwischen unter die Lupe genommen und bewirkt, dass überflüssige Vorschriften für die Betriebe aus den Gesetzentwürfen gestrichen wurden. Rund 800 Millionen Euro Bürokratiekosten ließen sich dadurch einsparen. So wurden beispielsweise im Rahmen der Unternehmenssteuerreform Kosten von rund 180 Millionen Euro für die Firmen vermieden, weil auf Hinweis des Normenkontrollrats eine zu komplizierte Abschreibungsregelung verändert wurde. Bei einer Novelle zur Sozialversicherung wurden die Betriebe um die gleiche Summe pro Jahr entlastet, weil Informationspflichten vereinfacht und harmonisiert wurden.

### 10.900 Pflichten identifiziert

In Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt wurden bisher 10.900 Informationspflichten der Unternehmen identifiziert. Diese Informationspflichten sind in einer Datenbank gesammelt und werden vom Statistischen Bundesamt auch den Verbänden und Interessengruppen zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise ist Transparenz sichergestellt und die Betroffenen können die Vollständigkeit überprüfen.

### Konkrete Abbaumaßnahmen müssen folgen

Das ist jedoch nur ein Etappenziel. Die Quantifizierung dient der Vorbereitung für die eigentlichen Abbaumaßnahmen. Ein erstes Paket dieser Abbaumaßnahmen sollte - so rät der Normenkontrollrat - schon im Frühjahr 2008 verabschiedet werden. Außerdem betont der Normenkontrollrat, dass das 25 %-Abbauziel als Saldo aus be- und entlastenden Maßnahmen verstanden werden muss. Soweit z.B. durch zwingende europäische Umsetzungen auf neue Regelungen nicht verzichtet werden kann, müssten diese durch zusätzliche anderweitige Abbaumaßnahmen kompensiert werden.

## Herausgegeben von Lena Strothmann MdB

Turnerstraße 5-9, 33602 Bielefeld, Tel. (0521)96 87 99 10, Fax (0521)96 87 99 11  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel. (030)227-72 467, Fax (030)227-76 467  
E-Mail: lena.strothmann@bundestag.de

Lena Strothmann im Internet: [www.lena-strothmann.de](http://www.lena-strothmann.de)